Haushaltsbegleitbeschluss "Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt in der Zukunft erhalten - sozial und ausgewogen konsolidieren"

Die Bündnisfraktionen „Jamaika-Plus“ aus

- CDU,
- Bündnis 90/Die Grünen,
- FDP und
- Freie Wähler OWG-UWG

legen zur Haushaltssatzung 2010 und zur künftigen Aufstellung der Haushaltspläne nachfolgenden Haushaltsbegleitbeschluss vor.

Präambel:

Die Bündnisfraktionen sind sich in einer an den Möglichkeiten orientierten konsequenten Haushaltskonsolidierung einig. Eine gesunde Finanzlage ist entscheidend für die Zukunft unserer Stadt. Eine seriöse Kommunalpolitik muss dazu beitragen, die finanzpolitische Hoheit wieder zu gewinnen.

Konzentration auf das Wesentliche und zielgerichtete und ökologische Investitionen sind das Gebot der Stunde, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Die Bündnisfraktionen bekennen sich daher zu vier Schwerpunktthemen:

- Realisierung der Neuen Bahnstadt Opladen in allen Teilen.
- Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren, gemäß dem gesetzlichen Auftrag.
- Sanierung und energetische Ertüchtigung von Schulen und Maßnahmen im Rahmen der Ganztagsoffensive.
- Eine nachhaltige Verbesserung der städtischen Infrastruktur.

Konkrete Gesichtspunkte:

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes 2010 beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, dass sie ihre zukünftige Zielsetzung eines finanzwirtschaftlich verantwortlichen und nachhaltigen Handelns an den nachfolgenden Rahmenbedingungen orientiert, um die Belastung folgender Generationen zu reduzieren:

1. Die Stadt Leverkusen befindet sich in der schlimmsten Finanzkrise seit ihrer Gründung. Die Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und schonendem Umgang mit allen Ressourcen müssen auf allen Hierarchieebenen der Verwaltung mit Priorität und Nachhaltigkeit beachtet werden. Die Vorgesetzten tragen Verantwortung, diese Vorgabe zu vermitteln und entsprechend umzusetzen.
2. Bund und Land sind gefordert, die Konnexität von Aufgabendefinition und Aufgabenfinanzierung sicherzustellen. Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen sind dabei in Einklang miteinander zu bringen, kommunale Handlungsspielräume zu erhalten.
3. Vor diesem Hintergrund macht sich die Stadt Leverkusen auf Landes- wie auf Bundesebene auch dafür stark, den Fonds Deutsche Einheit abzuschaffen. Alleine die Stadt Leverkusen hat ca. 100 Mio. € in diesen Fonds eingezahlt – gut investiertes Geld in der Vergangenheit. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise auch unserer Stadt ist es nicht länger zu rechtfertigen, dass dringend notwendige Mittel zur Finanzierung eigener Aufgaben dauerhaft weiter entzogen werden.
4. Vorlagen der Verwaltung müssen in einer Zusammenfassung zukünftig mindestens folgende finanzwirksame Angaben enthalten:
 - Kurzbeschreibung der Maßnahme
 - Hinweis auf gesetzliche Verpflichtung oder Freiwilligkeit
 - Aufwendungen im laufenden Jahr
 - Folgeaufwendungen
 - Auswirkung auf den Schuldendienst
5. Finanzverantwortung geht in heutigen Krisenzeiten alle an. Es ist daher keine isolierte Aufgabe des Stadtkämmerers und des Fachbereichs Finanzen. Insofern haben die Produktgruppenverantwortlichen zukünftig im zuständigen Ausschuss regelmäßig über die Entwicklung von Aufwand, Ertrag und Auswirkungen der von ihnen bewirtschafteten Produkte zu berichten. Die Verwaltung erarbeitet entsprechende Standards.

Dies gilt auch für den Sportpark und die KSL. Hier ist im zuständigen Ausschuss unterjährig zu berichten, ob und wie der gewährte Deckel eingehalten wird. Abweichungen sind zu dokumentieren und zu begründen.
6. Die mit Investitionsentscheidungen im Zusammenhang stehenden Kosten hängen im Wesentlichen von den vorgeschlagenen Standards der Ausführungen ab. Dem Rat muss bei allen Investitionsentscheidungen transparent gemacht werden, ob und in welcher Höhe durch Reduzierung von Standards Kosten eingespart werden können. Energiesparende Maßnahmen zählen nicht zur Standarderhöhung.

7. Da PPP-Projekte auf Dauer von 10 Jahren den investiven Haushalt massiv belasten, werden diese nur umgesetzt, wenn deren Wirtschaftlichkeit im Vergleich zur Eigenrealisierung eindeutig nachgewiesen ist. In die Berechnung ist die gesamte Abschreibungsdauer eines Gebäudes einzubeziehen.
8. Gegenüber den zuständigen Landesbehörden für öffentliche Förderung und Kommunalaufsicht muss deutlich werden, dass die Stadt Leverkusen ihre Finanzsituation „begriffen“ hat. Daraus verbietet sich, gleichzeitig eine Vielzahl von Investitionsmaßnahmen mit Landesförderung und entsprechenden städtischen Eigenanteilen zu verfolgen, die noch dazu oft die Einhaltung der Kreditobergrenzen infrage stellen. Vielmehr bedarf es einer eindeutigen Schwerpunktbildung.
9. Auf das Führen von „Schattenhaushalten“ ist zu verzichten. Insofern gilt für Mittelübertragungen folgendes:

konsumtiver Bereich:

Nicht benötigte Mittel aus dem abgelaufenen Jahr sind – nach inhaltlicher Prüfung der Notwendigkeit – neu zu veranschlagen. Ausnahmen sind nur in begründeten Einzelfällen möglich, die dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen sind.

investiver Bereich:

Eine Übertragung ist nur dann möglich, wenn mit der Maßnahme begonnen wurde. Eine Planung ist dabei nicht als Beginn der Maßnahme zu werten.

10. Die Verwaltung wird im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2011 folgende Grundsätze beachten:
 - Das Ziel muss eine Effizienzverbesserung in allen Fachbereichen sein. Hierzu sind für alle Produkte anhand von steuerungsrelevanten Kennzahlen Ziele und Maßnahmen zu setzen, in die Ergebnisse einzuarbeiten und den Mitgliedern im zuständigen Ausschuss zu kommunizieren sowie nachhaltig zu verfolgen.
 - Darüber hinaus soll die Abschreibung nach Möglichkeit auf die Produktebene heruntergebrochen werden, da die Abschreibungen durchaus auch steuerungsrelevant sind.
11. Fachbereiche, die Gebühren/Einkünfte generieren, aber dennoch defizitär arbeiten (Wochenmärkte, Fahrzeugzulassung), werden aufgefordert, einen Kostendeckungsgrad von durchschnittlich 100% anzustreben. Der entsprechende Verlauf ist dem Finanzausschusses zu dokumentieren, Abweichungen zu begründen.
12. Vor dem Hintergrund des Stellenabbaus in der Verwaltung - trotz immer neuer Belastungen aufgrund gesetzlicher Anforderungen - muss der Ressourceneinsatz für die Abarbeitung von Aufgaben in einem angemessenen Verhältnis zu der angestrebten Verbesserung stehen. Insofern

sehen sich CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler OWG-UWG in der Pflicht, Vorgänge zu gewichten und nicht für jede Banalität Anträge und Anfragen zu stellen, die dann unnötig Personalressourcen der Verwaltung binden. Der Rat der Stadt sollte nicht gegen, sondern mit der Verwaltung Haushaltskonsolidierung betreiben.

13. Haushaltskonsolidierung ist ohne Einbeziehung der Kostenblöcke „Sach- und Dienstleistungen“ sowie „Personal“ nicht zu betreiben. Um sich einen Überblick der Möglichkeiten der Reduzierung von Personalkosten zu verschaffen, soll die Verwaltung auf Erfahrungen anderer, vergleichbarer Kommunen zurückgreifen und die Ergebnisse zum Haushalt 2011 vorlegen.